

Anlage 3



Landeshauptstadt  
München  
Sozialreferat

Brigitte Meier  
Sozialreferentin

Deutscher Städtetag  
Frau Offer  
Hausvogteiplatz 1

10117 Berlin

18.08.2014

**Einführung der elektronischen Akte (eAkte) in den  
gemeinsamen Einrichtungen nach § 44b SGB II;  
Ihr Schreiben vom 21.07.2014**

Gz. S-I-WH 1

Sehr geehrte Frau Offer,

wir kommen zurück auf Ihr oben genanntes Schreiben, in dem Sie um eine Rückmeldung zu den Planungen bezüglich des Forderungsmanagements in den gemeinsamen Einrichtungen bitten.

Die Landeshauptstadt München teilt die Ansicht, dass es der Leistungssachbearbeiterin bzw. dem Leistungssachbearbeiter ermöglicht werden sollte, etwaige Forderungen gegen Leistungsberechtigte auch bei der Bearbeitung der Leistungsgewährung zu sehen und ggf. darauf zu reagieren. Die im Änderungsanliegen „Umgang mit Forderungen“ unter Ziffer 1 vorgeschlagene Lösung wäre eine deutliche Vereinfachung und zugleich eine Qualitätsverbesserung in der Aufgabenerledigung in den Jobcentern. Durch eine Überarbeitung des Bearbeitungssystems Allegro sollte dies technisch auch möglich sein.

Die bisherigen Erfahrungen mit dem Forderungseinzug Bogen sind größtenteils positiv. Der Aufbau eines eigenen Forderungsmanagements in den Jobcentern ist aus unserer Sicht schon im Hinblick auf die Personalressourcen, die dafür eingesetzt werden müssen, nicht erstrebenswert.

Gleichzeitig nutzen wir die Gelegenheit, nochmals auf ein sehr wichtiges Änderungsanliegen der Kommunen hinweisen und um dessen Nachverfolgung auf kommunaler Spitzenebene zu bitten:

Orleansplatz 11  
81667 München  
Telefon: 089 233-48640  
Fax: 089 233-48575

Derzeit ist vorgesehen, die elektronischen Dokumente lediglich auf Teamebene und nicht der jeweils zuständigen Mitarbeiterin bzw. dem zuständigen Mitarbeiter zuzuordnen. Damit wird ein erheblicher Einfluss auf die Organisation eines Jobcenters genommen. Die Festlegung der Organisationsstruktur der jeweiligen gemeinsamen Einrichtung und der Zuständigkeitsregelungen innerhalb des Jobcenters sind jedoch Kernkompetenzen der Trägerversammlung. Sie dürfen nicht durch Vorgaben und Zwänge eines IT-Verfahrens ausgehebelt werden.

Für gemeinsame Einrichtungen, die wie das Jobcenter München nach dem Straßenprinzip organisiert sind, muss es möglich sein, die eingescannte Post, die nicht mit dem Matrixcode versehen ist, nicht nur einem Team, sondern der zuständigen Dienstkraft zuzuordnen. Die Einstellung der Dokumente in ein elektronisches Teampostfach würde ständige und zeitaufwändige Zuordnungsarbeiten auf die jeweils zuständigen Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter und damit deutliche Verzögerungen in der Fallbearbeitung nach sich ziehen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.  
Brigitte Meier